



Joël Thüring  
Grossratspräsident

Es gilt das gesprochene Wort

**Antrittsrede  
als Präsident des Grossen Rates des Kantons Basel-Stadt**

8. Februar 2017

Sehr geehrte Damen und Herren Grossrätinnen und Grossräte  
Sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin  
Sehr geehrte Frau Regierungsrätin  
Sehr geehrte Herren Regierungsräte  
Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben mich soeben zum Grossratspräsidenten gewählt und ich möchte mich an dieser Stelle herzlich für das mir entgegengebrachte Vertrauen bedanken. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit und hoffe, dass ich mit Ihnen gemeinsam dieses erste Amtsjahr der neuen Legislatur erfolgreich bestreiten kann.

Sie Alle, wir Alle, haben interessante, spannende aber auch anstrengende Monate hinter uns. Viele Wochen haben wir uns im Wahlkampf befunden und uns neu oder erneut für ein Amt im Grossen Rat oder dem Regierungsrat beworben. Dabei wurden unzählige Flyer verteilt, Standaktionen durchgeführt, Goodies verteilt, Wahlauf- und anrufe getätigt, plakatiert, debattiert, teilweise philosophiert oder inszeniert, sicher sich aber immer engagiert. Ungeachtet der Erfolge oder Misserfolge der Parteien, welcher Sie angehören oder angehörten, haben Sie es geschafft: Sie sind wieder, immer noch oder neu Teil dieses Parlamentes oder der Regierung und haben damit die Gelegenheit sich für die Wählerinnen und Wähler, welche Ihnen das Vertrauen geschenkt haben, einzusetzen. Ich möchte an dieser Stelle Ihnen Allen nochmals herzlich zur ehrenvollen Wahl gratulieren.

Insbesondere für die 21 neugewählten Grossräte und die beiden neuen Exekutivmitglieder ist der heutige Tag, genau wie für mich, ein spezieller Moment. Alle haben Sie, gemeinsam mit den Wiedergewählten, auf diesen Moment hingearbeitet und sind seit Ende Oktober in einer Aufwärmphase. Nach und nach haben Sie Informationen über den Parlamentsbetrieb erhalten, wurden an Fraktionssitzungen eingeladen und konnten so bereits erste parlamentarische Luft schnuppern. Doch ab heute gilt es ernst: Ab sofort können Sie sich im Rahmen ihrer parlamentarischen Möglichkeiten gemeinsam mit den Wiedergewählten für das Wohlergehen unseres Kantons engagieren.

Ich sage bewusst „unseres Kantons“ und nicht „ihrer Wählerinnen und Wähler“. Natürlich wurden Sie von diesem Kreis gewählt, um die Interessen dieser Wählerinnen und Wähler zu vertreten erfüllen. Das ist auch gut so. Doch ich bitte ich Sie immer daran zu denken, dass Sie als Parlamentarier in erster Linie dem gesamten Kanton und dem Wohlergehen dieser Region verpflichtet sind. Dabei sollte die Parteizugehörigkeit nicht die grösste Rolle spielen, Abweichungen von Parteibüchern und -doktrin sollen und müssen in diesem Hohen Hause erlaubt sein.

Denn Sie werden sehr rasch merken: Gerade auch aufgrund der knappen Stimmenverhältnisse, kommt weder die linke noch die bürgerliche Seite ohne Konsens aus. Eine Mehrheit hat keiner der beiden Seiten und das ist für unser politisches System durchaus so üblich und nicht falsch. Situative Mehrheiten und das Schliessen von Kompromissen werden ihren Alltag begleiten. Ich bin überzeugt, dass diese Situation aber eher nutzt, wie schadet und letztlich jeweils eine für unseren Kanton sehr viel bessere Lösung gefunden werden kann.

Und wenn Sie sich einmal über ihre politischen Gegnerinnen und Gegner ärgern, so denken Sie immer an folgendes: Niemand, der hier drinnen politisiert, will etwas Schlechtes für diesen Kanton – wir Alle wollen letztlich mit unseren Ideen nur das Beste für Basel-Stadt. Dieser Grundsatz sollte Sie auch durch diese Legislatur begleiten und Ihnen helfen, die eine oder andere Kröte zu schlucken oder aber wenigstens – neudeutsch – „cool“ zu bleiben.

Das Wohlergehen unseres Kantons liegt nun also auch in ihrer Verantwortung. Sie können gemeinsam mit ihren Kolleginnen und Kollegen aus der gleichen oder einer anderen Fraktion etwas bewegen, etwas fordern und hoffentlich auch etwas erreichen.

In den momentan weltpolitischen schwierigen Zeiten dürfen wir uns umso mehr freuen, dass ein Parlament und damit auch ein Volk noch Mitbestimmungsrechte hat. Diese Form der Demokratie, so wie sie die Schweiz kennt, ist der Kern unseres Zusammenlebens. Die Möglichkeit sich mit Inhalten von Gesetzen und Vorstössen auseinanderzusetzen ist je länger je mehr keine Selbstverständlichkeit. Kein anderes Land gibt der Bevölkerung derart viele Mitgestaltungsmöglichkeiten und lässt es viermal im Jahr zu ganz unterschiedlichen Vorlagen abstimmen. Diese Macht, ein Referendum zu ergreifen, sich in einer Volkabstimmung für oder gegen ein Gesetz auszusprechen oder aber eine Initiative an- oder abzulehnen, ist das wesentlichste Gut unseres Gemeinwesens. Ich bin überzeugt, dass das mithilft, radikale Strömungen erst gar nicht zuzulassen. Erdrutschartige Siege oder Niederlagen von Parteien oder Personen sind durch dieses austarierte vernünftige System praktisch ausgeschlossen und helfen mit, Stabilität und Wohlstand zu sichern. Bei uns ändern sich nicht alle vier Jahre Regierungsbündnisse. Parlamentsmehr- oder minderheiten werden nicht auf den Kopf gestellt, sondern sind je nach Thema ganz anders gelagert. Die erwähnte Macht des Volkes hilft dem Parlament und der Regierung, sich in der Ausarbeitung neuer Gesetze, Verordnungen und Vorschriften Mass zu halten. Ausufernde oder unverhältnismässige Vorschläge würden vom Volk abgelehnt werden, weshalb sowohl der Regierungsrat als auch das Parlament Vorlagen ausarbeiten, welche grösstmögliche Akzeptanz in der Bevölkerung finden können. Das Wissen einer möglichen Volksentscheidung hilft mit, dass unsere politischen Vorstösse mit einer gewissen Differenziertheit und Vernunft behandelt und beschlossen werden.

Wohl nicht zufällig hängt deshalb über der Wand hinten im Grossratssaal der Satz „Salus publica suprema lex“ – also „Das Wohl des Volkes sei das höchste Gesetz“. Wir Parlamentarierinnen und Parlamentarier sollten uns diesen Satz stets zu Herzen nehmen. Und natürlich soll dieser Satz auch den Regierungsrätinnen und Regierungsräten Mahnung und Erinnerung zugleich sein. Es ist wohl Zufall sehen v.a. unsere Regierenden diesen Satz, wenn sie sich auf die Regierungsratsbank setzen, permanent - und im Saal Votierende ebenfalls immer dann, wenn sie nach oben blicken.

Dieses vernünftige Miteinander zwischen Volk und Politik müssen wir uns bewahren. Doch wir wissen alle, dass selbst in kleineren Gemeinwesen wie der Schweiz und somit auch in Basel-Stadt die Politverdrossenheit zunimmt. „Die da oben“ machen sowieso was sie wollen, ist ein altbekannter Spruch. Das ist etwas, was wir ernst nehmen sollen. Und so scheint es mir wichtig, dass wir auch im Wissen der zunehmenden Kluft zwischen Volk und Politik in vielen Ländern,

dieses Miteinander nie vergessen und die Bevölkerung stets ermutigen, sich am politischen Alltag zu beteiligen und mitzuwirken. Stimmbeteiligungen von unter 50% sind aus meiner Sicht alarmierend und sollten Warnung für uns sein, dass wir uns auch um Diejenigen kümmern, welche nicht mehr an unser politisches System glauben, weil sie enttäuscht wurden. Ich setze deshalb auch in meinem Amtsjahr darauf, dass der Dialog mit der Bevölkerung weiter intensiviert. Schulklassen aller Alterskategorien sollen motiviert werden, sich in unser Rathaus einzufinden und auch einer parlamentarischen Debatte live zu folgen. Bürgerinnen und Bürger sollen sich auf der Rattribüne willkommen fühlen oder aber via Web-TV für die Parlamentsarbeit interessieren. Ich fordere Sie alle auf, mit mir gemeinsam dafür zu sorgen, dass sich wieder mehr Bürgerinnen und Bürger von der Politik angesprochen fühlen und sich für politische Diskurse entscheiden. Ob links, ob rechts, ob sozialdemokratisch, bürgerlich, grün oder liberal – alle Positionen sind zu einer mehrheitsfähigen Meinungsbildung erforderlich und Ausdruck einer vielfältigen, ja gar bunten, Demokratie.

In den verschiedenen Neujahrsansprachen der ersten Januar-Wochen war viel über die bevorstehenden Herausforderungen zu hören. Gerade wegen der Wahl des neuen US-Präsidenten wurde Pessimismus verbreitet. Teilweise wurde damit auch die mutmasslich zunehmende populistische Grundhaltung der Bevölkerung in unserem Land angeprangert. Es besteht auf der Welt derzeit eine gewisse Unsicherheit und Instabilität. Nicht nur Ereignisse in den USA, sondern auch in der Türkei, im Nahen Osten und die bevorstehenden nationalen Wahlen in unseren beiden Nachbarländern, Frankreich und Deutschland, haben automatisch Konsequenzen für die Schweiz und somit für Basel-Stadt. Wohl zurecht sagte der kürzlich zurückgetretene deutsche Aussenminister und mutmasslich künftige Bundespräsident, Frank-Walter Steinmeier, dass „mit der Wahl Donald Trumps die alte Welt des 20. Jahrhunderts endgültig vorüber ist“ und noch offen sei, „welche Ordnungsvorstellungen sich im 21. Jahrhundert durchsetzen werden.“ Wie die Welt von morgen aussehen wird, sei völlig offen. Die Welt müsse sich auf unruhige Zeiten einstellen und weiter „in diesen Zeiten einer neuen globalen Unordnung steht besonders viel auf dem Spiel“.

Diese weltpolitische Sicht der Dinge hat zwar keinen direkten Einfluss auf unsere Arbeit im Grossen Rat. Sie und die erwähnten Ereignisse sind aber dennoch Signal dafür, dass wir uns auf Neues vorbereiten müssen um Wohlstand, unsere Stabilität und die wirtschaftliche Prosperität der Region zu sichern. Gerade der Kanton Basel-Stadt, als Grenzkanton, ist von besagten Unsicherheiten aus verschiedenen Gründen direkt betroffen. Wir sind ein Eingangstor in die EU, wir sind Grenzstadt und somit auch von migrationspolitischen Entscheidungen der gesamten Welt betroffen, wir sind bilateral sehr eng mit der EU verbunden und betreiben mit Nachbarn einen Flughafen und haben gemeinsame Tramlinien. Auf unserem Kantonsgebiet wird ein Deutscher Bahnhof betrieben, mit der BIZ haben wir eine Organisation im Herzen unserer Stadt, welche exterritorial betrieben wird. Wir sind mit dem Rheinhafen logistischer Dreh- und Angelpunkt der Schweiz und somit auch ein Versorgungsnadelöhr für unsere Nation, unsere forschende pharmazeutische Industrie ist (auch) abhängig vom Weltmarkt und somit sind wir in dieser globalisierten Welt selbst Teil von Ereignissen und Entscheidungen, welche wir teilweise gar nicht oder nur sehr geringfügig beeinflussen können.

Deshalb ist es umso wichtiger, dass wir in weiser Voraussicht uns auch auf diese von Frank-Walter Steinmeier gemachte Analyse vorbereiten. Unsere Tätigkeit als kantonale Politiker soll letztlich der wirtschaftlichen Prosperität unserer Region dienen. Wir müssen gemeinsam das Beste für Basel-Stadt wollen und die Herausforderungen gemeinsam stemmen. Nach der kommenden Sonntag hoffentlich angenommenen Unternehmenssteuerreform III müssen wir uns um eine wirtschafts- und bevölkerungsfreundliche kantonalen Umsetzung der Steuerreform

bemühen und gemeinsam einen möglichst austarierten Vorschlag erarbeiten, welcher unserer Wirtschaft aber auch der Bevölkerung hilft. Ein Vorschlag, bei dem niemand sich als zu kurz gekommen fühlt. Dann bin ich überzeugt, dass wir es schaffen, unseren Standort auch künftig sowohl national als auch international wettbewerbsfähig zu halten und gleichzeitig auch die Bevölkerung daran partizipieren zu lassen.

Beschäftigen wird uns daneben auch die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative, welche auf unsere Grenzregion grossen Einfluss haben wird. Wir sind gespannt, ob der beschlossene Vorschlag bei der EU auf Wohlwollen stossen wird und wir mit unserem europäischen Partner eine Lösung finden werden. Ungeachtet der Frage, ob man nun für oder gegen die Initiative war, ist es unabdingbar, dass wir eine für unseren Kanton praktikable und unbürokratische Lösung finden müssen. Ich bin überzeugt, dass uns das auch gelingen wird und ich habe hierfür Vertrauen in die politischen Kräfte unseres Landes. Dabei ist auch klar, dass die Region Basel auf Arbeitskräfte aus dem Ausland, Fachkräfte ausserhalb und innerhalb der EU angewiesen ist und wir für unsere regionale Wirtschaft auch die Grenzgängerinnen und Grenzgänger benötigen. Diesen Umstand kann niemand bestreiten und genau so klar ist für mich, dass eine Kündigung der Personenfreizügigkeit keinesfalls ein Thema sein darf. Vielmehr geht es darum, dass wir unser Verhältnis mit unseren Nachbarländern – eben über Brüssel – neu justieren können. Nicht weniger, aber eben auch nicht mehr.

Uns alle hier im Parlament wird aber auch die Partnerschaft mit Basel-Landschaft weiter beschäftigen. Diese Partnerschaft wird in verschiedenen politischen Themen auch 2017 gewisse Spannungen ertragen müssen. Als Gegner der damaligen Fusionsinitiative hatte und habe ich stets die Hoffnung, dass das Gemeinsame uns verbindet, gerade weil es um die Zukunft unserer beiden Kantone geht.

Ob bei Spitalplanung, der Universität beider Basel oder der Diskussion über die künftigen Kulturausgaben – überall sind gemeinsame Lösungen gefragt. Gehen wir einen Schritt auf den Nachbarkanton zu und schauen wir gemeinsam in die Zukunft. Es steht für mich dabei ausser Frage, dass eine gemeinsame Spitalplanung genauso zu den Eckpfeilern der Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert gehört wie die weiterführende gemeinsame Trägerschaft der Universität und einer möglichen Beitragsparität bei Kulturausgaben. Aber wir müssen uns klar sein, dass wir auf die momentan schwierige Situation in Basel-Land Rücksicht nehmen müssen. Das heisst, wir müssen uns auch auf die Bedürfnisse des Baselbiets einlassen. Am Schluss, davon bin ich überzeugt, werden wir uns in der Mitte treffen – und das nicht nur bei der Frage künftiger Standorte der Universität, auch wenn auch da die Mitte durchaus in Liestal sein kann.

Ich möchte Sie deshalb alle einladen sich positiv um die künftige Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Landschaft zu bemühen und den Mut und die Zuversicht nicht zu verlieren. Genau auch aus diesem Grunde werde ich Sie, gemeinsam mit dem Landratspräsidenten, im Laufe des Frühsommers 2017 zu einem gemeinsamen Anlass einladen. Neben dieser gewünschten Positivhaltung gegenüber Basel-Land freue ich mich sehr, wenn Sie sich auch weiterhin mit gleichem Engagement für die Zusammenarbeit regional, überregional und international einsetzen würden. Für unsere Region ist diese Zusammenarbeit immens wichtig. Deshalb möchte ich auch in meinem Amtsjahr die wirtschaftliche Prosperität unserer Region bei jeder Gelegenheit entsprechend aufgreifen und thematisieren. Diese wirtschaftliche Prosperität ist der Anker unseres Gemeinwesens und schafft nicht nur uns in Basel-Stadt Wohlstand und Fortschritt, Arbeitsplätze und Stabilität, Sicherheit und Zukunft.

Neben den weniger beeinflussbaren Entscheidungen und der Beziehung zum Kanton Basel-Landschaft gibt es auch Belange wie der Ausbau unserer Infrastruktur, welche wir angehen

müssen. Ein Bahnanschluss an den EuroAirport, die Realisierung des Herzstückes und viele weitere Infrastrukturprojekte sind angedacht und sollten, damit wir den Anschluss nicht verlieren, baldmöglichst realisiert oder in eine nächste Phase kommen können. So steht bspw. unsere Innenstadt vor Herausforderungen und ich fordere Sie auf, die Kreativität zur Aufrechterhaltung unserer Standortattraktivität auch in dieser Legislatur nicht aufzugeben. Natürlich ist nicht jede Idee realisierbar, aber nicht jede Idee sollte gleich von Beginn weg verworfen werden. Es lohnt sich, sich für diese Stadt Zeit zu nehmen und sich mit ihr auseinanderzusetzen, um sie so besser zu machen.

So erinnere ich Sie gerne zum Schluss an den sich ebenfalls im Saal befindenden Leitsatz „Quid quid agis prudenter agas“ („Alles was du tust, sollst du mit Verstand tun!“). Folgen wir diesem Motto, so bin ich überzeugt, dass radikales Gedankengut, blinder Aktionismus, Übereifer und Überregulierung keinen Einzug in unser Parlament und unsere Entscheidungsfindung hält und wir uns so gegen populistische Strömungen zur Wehr setzen.

Am Schluss möchte ich es nicht unterlassen, insbesondere meiner Amtsvorgängerin, Dominique König-Lüdin, für die gute Zusammenarbeit in den vergangenen zwölf Monaten zu danken. Es war mir stets eine Freude mit Dir gemeinsam hier auf diesem „Bock“ zu sitzen. Danken möchte ich auch meinem Ratsbürokollegen der vergangenen Legislatur, mit welchen stets ein gutes Verhältnis bestanden hat. Schliesslich danke ich auch meiner Partei und meiner Fraktion für die Unterstützung und das stets gute Miteinander. Namentlich danke ich dem nun abgetretenen Fraktionspräsidenten Lorenz Nägelin, welcher mich gerade auch als es um die Statthalterwahl ging, mit grosser Fürsorge unterstützt und begleitet hat. Last but not least, danke ich meiner Familie und meinen Freunden, das Sie mich so wie ich bin nehmen und mich immer auch wieder davon überzeugen, dass es neben Politik auch noch etwas Anderes gibt.

Nun wünsche ich Ihnen, als gewählte Grossrätinnen und Grossräte, in der Ausübung ihres Amtes viel Erfolg, Glück, Befriedigung und Weitsicht. Der neugewählten Regierungspräsidentin, dem neugewählten Regierungsrat und dem gesamten Regierungskollegium viel Erfolg und ich freue mich, Sie alle heute Abend im Dreiländereck – einem symbolischen Ort für die Zusammenarbeit unserer Region und der wirtschaftlichen Prosperität – an meiner Feier begrüssen zu dürfen. Und falls Sie sich fragen, was die Zahlen auf der Einladungskarte bedeuten – so lassen Sie sich heute Abend überraschen.